

ila

440 Nov. 2020

K A R I B I K

Bolivien
Wahlsieg
der MAS

Chile
Erfolg der
sozialen Bewegung

Brasilien
Die Wiederkehr
des Verdrängten

EU-Mercosur
Abkommen
aufgeschoben

Das Lateinamerika-Magazin

6,00 EUR

Über Haiti ziehen regelmäßig Wirbelstürme hinweg. Nur einige sind Wetterphänomene, denn die Bevölkerung leidet vor allem unter Armut, einer von Korruption vergifteten und diskreditierten Regierung und nun auch noch unter Covid-19. Die letzten Worte von George Floyd wurden in den haitianischen sozialen Netzwerken zu einem Alarmruf: „Ayiti paka respire“ - Haiti kann nicht atmen.



Foto: ZORAH

Haiti kann nicht atmen

Unter internationaler Aufsicht gedeihen Autoritarismus und Korruption

Seit dem Tod von Georges Floyd in den USA kam Haiti in keinem Moment zur Ruhe. Mehrmals schon war der symbolische Faden zum Zerreißen gespannt. Am 1. Juni begann offiziell die Saison der Wirbelstürme. Sie waren in diesem Jahr heftiger als in den Vorjahren, wenn auch nicht so heftig wie befürchtet. Die heimische Währung fiel auf hundert Gourdes für einen US-Dollar – vor fünf Jahren waren es nur knapp die Hälfte.

Haiti war eines der letzten Länder der Karibik, die das Coronavirus erfasste. Aber auch wenn es sich spät bemerkbar machte, verschärft es die Lage weiter. Die Armut trifft fast 60 Prozent der Bevölkerung, 40 Prozent der Haitianer*innen haben oft nicht genug zu essen. Rund 2,5 Millionen Menschen, also mehr als 20 Prozent der Bevölkerung des Landes, leben in der Hauptstadt Port-au-Prince, ein urbanistisches Chaos, in dem die *Bidonvilles*, die Armenviertel, überwiegen.

Die Gesundheitssituation ist aufschlussreich für den Zustand des Landes. Es gibt ein Krankenhausbett für 1502 Einwohner*innen, einen Arzt für 3353 Einwohner*innen und landesweit nur 124 Reanimationsbetten. Bei den Gesundheitsinstitutionen – die meisten von ihnen privat – fehlt es an allem: an Ausrüstung, an Schutzmaterial, an Medikamenten, an Zugang zu Wasser und Strom usw. Noch 2004 belief sich der Etat für die Gesundheitsversorgung auf 16,6 Prozent der

öffentlichen Ausgaben und war damit höher als allgemein in der Region. Aber seither fiel er in sich zusammen und landete bei 4,3 Prozent im Haushalt 2017/2018. Das sind drei Dollar pro Person, 26-mal weniger als im regionalen Durchschnitt. Gleichzeitig hat sich der auslandsfinanzierte Anteil an den Gesundheitsausgaben praktisch verdoppelt. Somit hat sich ein Transfer von einer öffentlichen Politik hin zu einer Privatisierung über Nichtregierungsorganisationen (NRO) vollzogen. Dieser Transfer ist keineswegs ein Unfall, sondern Folge der Verteilung von Rollen und Stellen zwischen haitianischem Staat und der internationalen „Gemeinschaft“ der NRO in einer neoliberalen Konfiguration.

Dem Index für menschliche Entwicklung (HDI in der englischen Abkürzung) zufolge, der Lebenserwartung, Bildungsgrad und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner*in berücksichtigt, steht Haiti seit 2019 auf Platz 169 von 189 Ländern. Tatsächlich ist der aktuelle HDI niedriger als der von 2007, und dieser Rückgang bringt die Verschlechterung der Lebensbedingungen der haitianischen Bevölkerung auf den Punkt.

Seit den 1970er-Jahren wächst die Bevölkerung stark, die Rohstoffe erschöpfen sich und die Wirtschaft „dekapitalisiert“ sich, wie man in Haiti sagt. Die Kombination von neoliberalen Schocks und autoritären Verhärtungen unter internationalem Druck, wenn nicht internationaler Regie, haben die Verarmung

Vom Autor aktualisiert aus: Cetri (Centre Tricontinental), 26. Juni 2020; <https://www.cetri.be/Haiti-etouffe-sous-le-poids-de-son?lang=fr> * Übersetzung: Gaby Küppers
Im Oktober haben 82 Organisationen einen Appell gegen das Schweigen zur Lage in Haiti veröffentlicht: <https://www.cetri.be/Haiti-Stop-au-silence-et-a-la?lang=fr>

Foto: Nach dem Erdbeben von 2010

beschleunigt und verschärft. Vom Sturz der Diktatur 1986 bis zur Unterstützung des aktuellen Präsidenten Jovenel Moïse, dazwischen 13 Jahre Blauhelmission MINUSTAH (2004-2017), gibt es kein einziges größeres politisches Ereignis in Haiti, das nicht Gegenstand eines Arrangements mit den internationalen Institutionen und den Großmächten, allen voran die USA, war. Und das geht immer noch weiter, wie das kürzlich bewilligte IWF-Darlehen von 111 Millionen US-Dollar und die Unterstützung der OAS, die mehr und mehr als der Resonanzkasten Washingtons agiert, für den vom Präsidenten Haitis aufgestellten Wahlkalender zeigen.

Die Lebensbedingungen verschlechterten sich indes seit 2011 mit der Machtübernahme von Michel Joseph Martelly und danach seinem Ziehsohn Jovenel Moïse im Februar 2017 immer schneller. Mit Inflation und Abwertung der Landeswährung Gourde stieg der Preis des Warenkorbs um 20 Prozent. Die Korruption, in Haiti ohnehin endemisch, nahm spektakuläre Ausmaße an, die Liberalisierung – gemäß dem Slogan „Haiti is open for business“ – nahm weiter zu, die Privatisierung des öffentlichen Dienstes riss alles mit sich und die Unsicherheit ist explodiert. Das Bild wäre ziemlich düster, wenn es nicht vom Licht einer beispiellosen Welle breiter Mobilisierungen erhellt würde, die das Land 2018-2019 erfasste.

Zerfressen von Korruption und Autoritarismus, hat es die Regierung von Jovenel Moïse geschafft, praktisch das ganze Land gegen sich aufzubringen. Der Anti-Korruptionsbewegung der urbanen prekarierten Jugend und den „Petrochallengers“, die wissen wollen, wo das Geld aus dem PetroCaribe-Programm¹ blieb, verstärkt von feministischen Kämpfen, schlossen sich eine Masse von armen Arbeiter*innen und die Überreste einer Mittelklasse – darunter viele Intellektuelle – an, die erschreckt sind angesichts der Auflösung des Staats. So stark und originell diese Protestwelle auch war, sie brach am Widerstand eines doppelten Felsens: der haitianischen Oligarchie und den USA. Deren Zusammenwirken hat bislang noch jede Alternative verhindert.

Es ist zu früh, um abzuschätzen, welche Ausmaße die Pandemie in Haiti letztendlich haben wird. Aber es gibt Anlass zur Sorge: Die Leute leben in ihren Wohnungen dicht gedrängt, haben kaum Zugang zu Wasser, der informelle Sektor dominiert, Gewalt gegen Frauen ist groß – all das macht eine Quarantäne vielfach kontraproduktiv, wenn nicht unmöglich. Schlimmer ist vielleicht noch, dass der totale Legitimitätsverlust der Regierung die Bevölkerung darin bestärkt, die Pandemie zu leugnen. So sagte der Schriftsteller Lyonnel Trouillot kürzlich in einem Gastbeitrag: „Wir stolpern in die Epidemie gerade jetzt, wo das Volk den Worten der politischen Machthaber nicht das geringste Vertrauen entgegenbringt. Man kann das Volk nicht wegen Taubheit verurteilen. Jovenel Moïse und die PHTK (seine Partei und die seines Vorgängers) haben alles getan, um das Vertrauen auf

den Nullpunkt zu bringen.“ (Le Nouvelliste, 21. Mai 2020) Angesichts widersprüchlicher Erklärungen, fehlender Transparenz und nicht gehaltenen Versprechen ist es schwierig, die Effekte von Ankündigungen und konkrete Maßnahmen gegen Covid-19 auseinanderzuhalten. Hinzu kommt das Misstrauen: die gleichen Institutionen, die in Rechnungshofberichten wegen Korruption angeprangert werden, sollen die Notfonds verwalten. Ohne jedwede Kontrolle. Autoritäre Maßnahmen unter dem Vorwand des Kampfs gegen das Coronavirus und der Kampf, ob die nächsten Wahlen 2021 oder 2022 stattfinden, zeigen vor allem eins: Die Regierung fährt eine Strategie des „Weiter so“.

Was auch immer die Bilanz der Pandemie sein wird, ihre wirtschaftlichen Auswirkungen werden für Haiti heftig sein. Das Land wird nicht nur für die Folgen von Jahrzehnten neoliberaler Politik zahlen, sondern auch für seine Abhängigkeit von den USA. Ein Drittel der Importe und 83 Prozent der Exporte Haitis kommen aus den USA oder gehen dorthin. Die hauptsächlichsten Einkommensquellen Haitis sind die Überweisungen von Haitianer*innen, die im Ausland leben, die meisten davon in den USA. Sie belaufen sich auf 30 Prozent des BIP. Wegen der Corona- und Wirtschaftskrise in den USA gehen diese Überweisungen zurück, was umso schlimmer ist, weil sie in erster Linie dem Stillen primärer Bedürfnisse dienen. Die letzten Worte George Floyds, „I can't breathe“ (Ich kann nicht atmen), als er von der Polizei von Minneapolis getötet wurde, nahmen weltweit Black-lives-matter-Aktivist*innen auf. In den haitianischen sozialen Netzwerken wurden sie zu einem Alarmruf „Ayiti paka respire“ (Haiti kann nicht atmen). Das Land erstickt unter dem Gewicht seiner Oligarchie und der USA. Und der Straflosigkeit, die diese decken: Es gibt kein einziges Verfahren – geschweige denn eine Strafe – wegen der Korruptionsaffären und Massaker, die seit zwei Jahren ständig zunehmen.

Die Bevölkerung über die Risiken von Covid-19 aufklären, Masken und Seife verteilen, gegen die anderen Pandemien wie Korruption und Genderterror kämpfen – es brennt überall. Die feministischen und sozialen Organisationen oder die „Petrochallengers“ sind unermüdlich zugange. Sie wissen aus Erfahrung, die Lösung kann nur in der Selbstorganisation liegen, in Bündnissen mit der Mehrheit der Bevölkerung und im Aufbau eines öffentlichen Raumes. Und im Kampf.

Die Haitianer*innen sind müde. Nicht nur müde davon, zusätzlich zu der Wirtschaftskrise, der Unsicherheit und der Korruption auch noch mit Covid-19 konfrontiert zu sein. Sondern auch von dieser Politik, die einen Rattenschwanz von Desastern nach sich zieht – und deren internationaler Duldung. Es geht nicht nur darum, von der Pandemie wegzukommen, sondern auch vom kolonialen Blick, von den Ungleichheiten und der Abhängigkeit, die aus jedem Klimaphänomen, aus jeder Krankheit, aus jeder Fluktuation von Währungskursen in Haiti eine Katastrophe machen. Und kräftig neuen Atem zu schöpfen. ■

1) Von Hugo Chávez aufgelegtes Programm, Karibikstaaten venezolanisches Öl günstiger zu verkaufen. Die Differenz zum Weltmarktpreis sollte in Entwicklungsprojekte fließen, in Haiti versickerte er komplett in den Taschen der Regierenden.

Kein Interesse an Korruptionsbekämpfung?

Haitis neue Personalausweise, die deutsche Firma Dermalog, die Bundesregierung und die EU

Seit mehr als zwei Jahren kämpft in Haiti eine nie dagewesene soziale Bewegung gegen die hohen Lebenshaltungskosten und gegen die Korruption. Die Ausmaße letzterer kamen durch den Petrocaribe-Skandal ans Licht. Die in diesem Energieabkommen mit Venezuela für Entwicklungsvorhaben vorgesehenen rund 1,459 Milliarden Euro wurden von der Führungsschicht weitgehend für sich abgezweigt. Präsident Jovenel Moïse, deswegen am Pranger und bei einer Mehrheit der Bevölkerung umstritten, klebt dennoch an seiner Macht und stürzt das Land immer tiefer in die Krise.

Ein weiterer mutmaßlicher Korruptionsfall bewegt derzeit die Gesellschaft Haitis, der Vertrag mit der deutschen Firma Dermalog. Es geht hierbei um neue Personalausweise. Kaum drei Monate nach Amtsantritt des Präsidenten am 19. April 2017 abgeschlossen, ist dieser wegen seiner möglichen Nutzung für Wahlfälschung außerordentlich sensible Vertrag von allen Seiten Zielscheibe von Kritik und Anklage. Darunter folgende:

- Juristisch gesehen hätte das Parlament Stellung nehmen müssen, was nicht geschah.
- Das Oberste Verwaltungsgericht (CSCCA) gab am 16. Februar und am 11. April 2018 zwei negative Stellungnahmen ab. Die Regierung klassifizierte den Vertrag jedoch als Angelegenheit „öffentlicher Sicherheit“. Sie muss somit das Gericht anrufen, braucht ihm aber nicht zu folgen.
- Der Ethik- und Antikorruptionsausschuss des Senats legte am 24. Mai 2019 einen Bericht vor, der von schweren Fehlern und Unterschlagung ausgeht. Er empfiehlt, ein Verfahren gegen die First Lady, Martine Moïse, sowie in die Angelegenheit verwickelte hochrangige Staatsbeamte einzuleiten.
- Der Vertrag beläuft sich auf 27,7 Millionen Dollar (23,5 Millionen Euro) und sollte in drei Tranchen bezahlt wer-

den: 30 Prozent bei Vertragsbewilligung, 50 Prozent im Laufe der Ausführung, 20 Prozent nach definitiver Einführung des Systems. Zwei Millionen Dollar (1,69 Millionen Euro) sollen zugunsten von Dermalog über eine Mittelsbank in New York überwiesen worden sein, ohne dass dieser Betrag im Vertrag auftaucht.

Intransparenz und Verdacht auf Betrug beim Vertrag mit Dermalog kamen in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der Ankündigung bevorstehender Wahlen wieder ins öffentliche Bewusstsein. Es gibt zurzeit überhaupt keine Grundlage für freie und glaubwürdige Wahlen, und die große Mehrheit der Haitianer*innen will sie nicht. Was sie will, ist ein Übergang, der die Straflosigkeit und die schlechte Regierungsführung beendet.

Und die Reaktion der deutschen und internationalen Akteure angesichts der Korruptionsvorwürfe? Schweigen, wenn nicht Gleichgültigkeit. Wir haben mehrmals versucht, Dermalog zu kontaktieren. Vergeblich. Der Vertrag mit dem Staat Haiti taucht übrigens nirgends auf der Website des Unternehmens auf.

Die Antworten der deutschen Botschaft und der EU-Delegation in Haiti waren identisch: Es handelt sich um einen Privatvertrag, der die haitianische Regierung betrifft. Wir haben nichts damit zu tun. Der Kampf gegen Korruption endet also beim privaten Wirtschaftsrecht. Schweigen oder Indifferenz?

Es ist momentan also unmöglich, die Betrugsvorwürfe zu verifizieren. Frappierend sind indessen die fehlende Transparenz des haitianischen Staats und der Firma Dermalog einerseits, die Inkonsequenz der deutschen Regierung und der EU andererseits und schließlich die Passivität deutscher NRO, die in Haiti arbeiten. Man könnte glauben, dass wir uns viel besser mit der Korruption einrichten als die Haitianer*innen.

Was für eine Glaubwürdigkeit können der deutsche Staat und die EU da noch im Kampf gegen Korruption für sich beanspruchen? Sind sie nicht auf jeden Fall dran, wenn sich die Betrugsvorwürfe erhärten? Und die deutschen Bürger*innen? Wie auch immer, solange es keinen starken Druck seitens der europäischen und in erster Linie der deutschen Zivilgesellschaft gibt, rührt sich nichts. ■



Foto: OFFICE NATIONAL D'IDENTIFICATION

Foto: Stein des Anstoßes sind die neuen biometrischen Personalausweise in Haiti

Frédéric Thomas ist Mitarbeiter des Centre Tricontinental im belgischen Louvaine-la-Neuve; Übersetzung: Gaby Küppers